

Maastricht Geburtstag in Moll

Der Weihrauch, welcher den Vertrag von Maastricht und die Einführung des Euro seinerzeit ummantelte, ist heute nicht mehr riechbar. Stattdessen hat sich eine ganz andere, weniger festliche Duftnote der Gemeinschaftswährung beigesellt.

Um den Vorgang zur Gänze zu verstehen muss man sich die damalige Großwetterlage vor Augen halten. Im Nachgang des schmachvollen Bankrotts des Sozialismus sah sich eine Politikergeneration, die noch direkt die Kriegswirren der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erlebt hatte, aufgerufen, den Geistern der Vergangenheit durch die feste Einbindung Deutschlands in Europa ein für alle Mal den Garaus zu machen. Deutschland, dem die Verursachung von zwei Weltkriegen bescheinigt wurde, sollte durch Integration in Europa seiner Tendenz zu gefährlichen Sonderwegen genommen werden. Immerhin waren seinerzeit Figuren wie der sogenannte Historiker Daniel Goldhagen aufgetreten, um den Deutschen grausame Neigungen in ihrer DNA zu attestieren.

Es gehört jedoch zu den fortdauernden Ärgernissen des politischen Betriebs, dass niemand von Rang den Schmiss besitzt, öffentlich zu sagen, dass man beim Euro chimärischen Irrlichtern gefolgt ist. Bereits bei der

Umstellung der Ost-Markt auf D-Mark im Verhältnis 1:1 hatten die Regierenden alle ökonomische Vernunft in den Wind geschlagen und priesterlich den Primat der Politik zelebriert. Die Folgen dieser Fehlentscheidung können



heute, knapp 26 Jahre nach dem Mauerfall, in Ostdeutschland noch beobachtet werden.

Mit inhaltsleeren Erbauungssprüchen hatten damalige Politiker die Einführung des Euro angepriesen. Einmal hieß es, der Euro werde stärker als die D-Mark, dann wie-

derum wurde behauptet, nicht der Euro werde in Deutschland sondern faktisch die D-Mark in Europa eingeführt. Im Grunde ist dies jedoch ein altes Muster. Kanzler Kohl, der ganz Ostdeutschland alsbald in blühende Landschaften verwandeln sah, ähnelt hier Donald Trump, bei dem es im Wahlkampf hieß: „I will make you all rich!“.

Freilich hat die deutsche Bevölkerung den Schaden auszubaden, der durch die vorschnelle und viel zu breite Einführung des Euro entstanden ist. Mahnende Stimmen, deren Analyse sich inzwischen als völlig treffsicher erwiesen haben, wurden nach bewährten Verfahren verbal verunglimpft. Wer nicht für uns ist, der ist gegen uns, hatte George W. Bush in Bezug auf den von ihm vom Zaun gebrochenen Irak-Krieg gesagt. In gleicher Diktion hatte es beim Euro geheißen, wer gegen ihn sei, der sei kein Europäer und habe obendrein aus der Geschichte nichts gelernt. Man sollte sich auch daran erinnern, wie die Medien die Opposition der

Lucke-AfD gegen den Euro als populistisch und nachgerade rechtsradikal brandmarkten. Auch Hans-Olaf Henkel, der mit konstruktiven Vorschlägen (Nord-Euro) versucht hatte, zu retten, was noch zu retten war, wurde von der agitierenden Meute des politisch-medialen Komplexes diffamiert.

Was lässt sich für die Zukunft aus dem gebrochenen Vertrag von Maastricht und der missglückten Einführung des Euro lernen?

Zum praktizierten Vertragsbruch muss an die Mahnung des Augustinus von vor ca. 1.500 Jahren gedacht werden: „Nimm das Recht weg – was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande?“

Bezüglich des Euro ist die Beobachtung ermutigend, dass es durchaus Länder gab, die nach hinreichender Beschäftigung mit der Materie auf dessen Einführung verzichteten. In der Geschichte sind es immer nur weni-

ge, die sich dem Säkulum ihrer Zeit entgegenstellen. Emotionaler Überschwang und Impulsivität sind selten gute Ratgeber, wenn es um weitreichende ökonomische Weichenstellungen geht. Der Express-Atomausstieg unter Kanzlerin Merkel ist dafür nur ein weiterer, trauriger Beleg.

Derweil ist der Vermögensrückstand zu den Vereinigten Staaten seit der Einführung des Euro deutlich angestiegen. Während aber in den USA jetzt das Pendel in Richtung Deregulierung und Wachstum umschlägt, wird die EU ihr Heil in einer vertieften Transfer- und Haftungsunion suchen. Die Europäische Zentralbank führt dabei die Karawane selbstbewusst an. Zur humoristischen Farce degenerierte mittlerweile die Zielsetzung des ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten Manuel Jore Barroso, der die EU bis zum Jahr 2020 zu „wettbewerbsfähigsten Region

der Welt“ machen wollte. Heute steht Barroso, der von Altkanzler Schröder in einem freudschen Versprecher als Barolo titulierte, in den Diensten von Goldman Sachs.

Der Bürger kann sich retten, indem er Eigentum an international tätigen börsennotierten Unternehmen erwirbt. Dazu muss er entsprechende Aktien bzw. global investierende Aktienfonds erwerben; nur fürchte ich, dass dieser probate Weg zu Deutschland aus vorwiegend psychologischen Gründen gar nicht passt.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns